

ZERO COVID

Solidarität in den Zeiten der Pandemie

Nummer 1 · Februar 2021

Inhalt

- Bini Adamczak**
Warum ZeroCovid-Kampagne Seite II
- Kathrin Hartmann**
Zynische Losung „Alte schützen“ Seite III
- Jeja Klein**
Geschlechterpolitische Intervention Seite VI
- Christoph Wälz**
Kritik der Schulöffnungen Seite VII
- Wolfgang Alles**
Arbeitsschutzrichtlinie Seite VII
- Infos zur Zero-Covid-Bewegung Seite VIII

Mensch vor Profit

Das Desaster des Jojo-Lockdown und der notwendige solidarische Shutdown

Am 27. Januar 2020 wurde in Deutschland die erste Corona-Infektion registriert – beim Autozulieferer Webasto in Bayern. Das Virus kam per Business-Class-Flug Schanghai- München. Seither gab es 65.000 Corona-Tote. Warum? Weil die Bundesregierung Anfang 2020 nicht ZeroCovid praktizierte. Tatsächlich hatte das RKI bereits 2013 diese Pandemie vorhergesagt und Empfehlungen gegeben, um sich darauf vorzubereiten. Nach den ersten Berichten über Covid-19 in Wuhan entschieden sich mehr als ein Dutzend Länder für einen strikten Zero-Covid-Kurs. Diese Länder – u.a. Taiwan, Südkorea, Vietnam, Japan, Neuseeland, Kuba – reagierten schnell und ließen nicht zu, dass sich das Virus in der Bevölkerung ausbreitet. Bis heute haben sie Infektionszahlen nahe zero.

Bisher starben weltweit mehr als 2,5 Millionen Menschen an Corona. Die Dynamik der Pandemie hat sich beschleunigt. In den ersten sechs Wochen des neuen Jahres gab es in Deutschland 32.000 Corona-Tote. Das sind fast so viele wie im gesamten Jahr 2020. Das Virus mutiert und wird gefährlicher. Die »Flatten the Curve«-Strategie der Regierungen in Europa ist gescheitert. Sie halten ihre Länder im Lockdown-JoJo. Die Leittragenden sind vor allem die Frauen, weil sie den Hauptteil der Care-Arbeit schultern; Lohnabhängige und prekär Beschäftigte ohne Chance auf Home-Office, Menschen in beengten Wohnverhältnissen oder ohne Obdach; Selbstständige, Kunstschaffende, Kinder aus ärmeren Verhältnissen – sie alle sind in besonderer Weise sozial und mental durch den Lockdown belastet.

Wir meinen: So kann es nicht weitergehen. Wir brauchen einen Zero-Covid Strategiewechsel – nachhaltig und solidarisch!

Es kann nicht sein, dass der Bundeswehr-Etat 2020/21 um sieben Milliarden Euro erhöht wird,



aber ein paar hundert Millionen Euro für Laptops in den Schulen fehlen. Dass Lufthansa und Tui mit 170.000 Beschäftigten zwölf Milliarden Euro Steuergeld erhalten und dann Jobs abbauen, das Gastgewerbe mit zwei Millionen Beschäftigten jedoch auf die viel zu niedrigen Novemborgelder wartet und nun Hunderttausende Kleinexistenzen vor dem Ruin stehen. In den Altenheimen fehlen FFP2-Masken. In den Gesundheitsämtern bleibt die notwendige massive Personalaufstockung aus. Das Krankenhauspersonal arbeitet am Limit. 2020 wurden weitere 20 Kliniken geschlossen.

Wir wollen, dass die Pandemie bekämpft und keiner zurückgelassen wird. Dagegen gibt es Widerstand. Michael Hüther vom Unternehmerinstitut IW sagte als Antwort auf #zerocovid: „So richtig der Hinweis ist, dass jeder Todesfall menschliches Leid begründet, so gilt ebenso, dass jedes Leben nur ein Leben zum Tode ist.“

Diese zynische, ehrliche Haltung der Bosse und Banker bildet den Hintergrund für die neue

Lockerungsdebatte. Obleich die Inzidenzwerte überall noch viel zu hoch liegen und die gefährlicheren Virus-Mutationen sich schnell verbreiten, findet ein neuer Wettlauf der Öffnungen statt: Im Zentrum stehen der Einzelhandel, Schulen und Kitas. Sie werden nun ohne nachhaltiges Schutzkonzept geöffnet. Eine dritte Welle droht.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) knüpft zu Recht die Frage der Schulöffnungen an ausreichenden Infektionsschutz für Schülerschaft und Lehrkräfte. Schulen sind dann für alle sicher, wenn die Infektionszahlen wesentlich niedriger sind. Im letzten Herbst waren die Schulen ein Ort massiver Ausbreitung der Infektionen. Dies droht sich zu wiederholen. Eltern, Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte müssen ihre Interessen nach Bildungsgerechtigkeit und gesundheitlichem Schutz gemeinsam durchzusetzen: Schule braucht #Zero-Covid.

Gelegentlich hört man: Das, was in Asien bei der Covid-19-Bekämpfung gemacht wird, kann

es „bei uns im Westen“ nicht geben. „Wir haben einen anderen Freiheitsbegriff“. Wir meinen: Die Pandemie kann ohne autoritären Polizeistaat erfolgreich bekämpft werden. Demokratie und Gemeinsinn sind dabei sogar entscheidend. Das 1x1 der Epidemiologie ist Schnelligkeit. Dazu gehört: testen, nachverfolgen, schützen und schließlich impfen. An diesen simplen Grundvoraussetzungen scheitert die Bundesregierung. Das Impfchaos ist nur ein weiterer Fehlschlag. Die Impfungen sind bis zum Herbst kein „Gamechanger“ – erstens weil die Impfstoffe knapp sind und zweitens weil unklar ist, ob diese die Mutanten in Schach halten können. Genau darum müssen wir die Infektionszahlen massiv senken. Das geht! Im Frühjahr 2020 wurden durch die Disziplin der Bevölkerung die Neuinfektionen auf wenige hundert Fälle gedrückt. Der Sieben-Tage-Mittelwert lag im Juni bei 286 Fällen – bundesweit; heute sind es mehrere Tausend! Hätte sich die »Lockerungsmafia« damals nicht durchgesetzt, wäre nahe Null eine Sache von ein paar Wochen gewesen.

Die Corona-Politik in Europa ist gescheitert. Die Politik in Brüssel, Berlin, Wien und Bern ist von Kapitalinteressen geprägt. In Kauf genommen werden hohe Infektionszahlen bis kurz vor dem Kollaps des Gesundheitssystems, um dann oft widersprüchliche Restriktionen zu verhängen: Amateursport nein - Profisport ja, Kreuzfahrtschiffsfahrten ja – Theaterbesuch nein. Damit wird Politikverdrossenheit gefördert; der gute Wille von mehr als zwei Drittel der Bevölkerung wird aufs Spiel gesetzt. Wenn die Infektionsdynamik gestoppt werden soll, braucht es einen Strategiewechsel: Wir benötigen eine solidarische Pause bis die Infektionszahlen nahe Null liegen. Dabei müssen auch alle Arbeitsbereiche, die nicht dringend notwendig sind, heruntergefahren werden. Dafür benötigen wir einen umfassenden Schutzschild von oben und eine breite Solidarität von unten - von Gewerkschaften, Beschäftigten und Zivilgesellschaft. ZeroCovid ist machbar – und rettet Tausenden Menschen das Leben.

Redaktion ZeroCovid-Zeitung

Big Pharma in der ZDF-„Anstalt“

Die Februar-Sendung von „Die Anstalt“ (ZDF) hatte das Thema Corona. Ein Schwerpunkt dabei war die Pharma-Industrie. Im Folgenden – mit freundlicher Genehmigung der „Anstalt“ – Auszüge.

Claus von Wagner (CW): Wo wären wir heute ohne die Pharmabranche?

Max Uthoff (MU): Wir wären vielleicht alle längst geimpft. [...] Die EU-Kommission hatte schon 2017 nach Sars und Mers die Pharmabranche dazu aufgefordert, Muster-Impfstoffe gegen neue Coronaviren zu entwickeln. Aber: Wollte die Pharmabranche nicht, obwohl die EU ihnen alles bezahlt hätte. [...]

MU: Alle ihre „Innovationen“ lässt sich die Pharmabranche grundsätzlich immer zur Hälfte staatlich finanzieren. Kein einziger Konzern war von Beginn an bei der Corona-Impfstoffforschung aktiv. Das überlassen sie lieber kleinen Startups [...] Biontec hat vom Staat 375 Mio. bekommen, CureVac 252 Mio. Alles staatliche Gelder. Kurz vor der Zulassung steigen dann die großen Firmen ein. [...]

CW: Sie müssen doch zugeben, wir brauchen die private Pharmabranche, um die Impfdosen in ausreichenden Mengen überhaupt produzieren zu können.

MU: Für den sie vom Staat beim Verkauf nochmal rund 3 Mrd. bekommen. [...]

Wir wissen doch überhaupt nicht, was das Zeug kostet, das sind doch alles Geheimverträge!

CW: Das ist doch alles öffentlich: Biontec 12 Euro, Curevac 14 Euro, Astra-Zeneca kostet 1,78 Euro und die von Moderna 18 Dollar... [jeweils pro Dosis; d. Red.] [Das hat] eine belgische Staatssekretärin für Verbraucherschutz aus Versehen getwittert. [...]

MK: Die Bewohner*innen im globalen Süden erkranken an Covid19, weil sie erstmal gar keine Impfung bekommen... wegen der Impfpolitik!

CW: Dass Regierungen erstmal an ihre eigene Bevölkerung denken [...] ist Realismus.

MU: Realismus wäre es zu begreifen, dass die Pandemie auch hier erst vorbei ist, wenn sie weltweit zu Ende ist. [...] Die WHO hat schon im April gefordert, dass das gesamte Wissen zu Corona-Impfstoffen in einer Patentpool-Datenbank zur Verfügung gestellt wird – für alle!

CW: Leider gibt es in dieser Datenbank bis heute keinen einzigen Eintrag...

Editorial

Diese Zeitung begleitet und unterstützt die Anfang 2021 gestartete Zero-Covid-Kampagne – siehe dazu den von rund 100.000 Menschen unterzeichneten Aufruf auf der Website www.zero-covid.org. Wir bitten um Bestellung und Verbreitung der Zeitung (nähere Angaben dazu im Impressum Seite 2). Informationen zur Kampagne siehe Seite 8.

Die Redaktion

#ZeroCovid: Warum nur solidarische Handeln die Pandemie beenden kann

Interview mit Bini Adamczak

Du hast die Kampagne ZeroCovid mit initiiert. Wie kam es dazu?

Die Pandemie zieht sich schon ein Jahr hin. Wie viele andere hatte ich von Anfang an den Eindruck, dass die europäischen Regierungen einen falschen Kurs einschlagen. Der Eindruck hat sich mit der zweiten Welle im Herbst massiv verstärkt.

Ein Grund, warum wir jetzt aktiv geworden sind, ist aber auch, dass lange Zeit gesagt wurde, wir warten auf den Impfstoff. Nun ist klar geworden, dass die Impfungen das Infektionsgeschehen zunächst nicht verlangsamen werden. Die Fantasie, das Problem technologisch in den Griff zu bekommen, hat sich als Illusion rausgestellt. Es ist also wichtig, nicht nur auf medizinische, technische, sondern auch auf soziale, politische Lösungen zu setzen.

Das Ziel von null Neuinfektionen ist logisch, ist es auch realistisch?

Es ist erstaunlich, dass immer wieder so getan wird, als ob das eine utopische Forderung sei. In fast einem Drittel der Welt ist sie realisiert worden. Gerade Länder, in denen die Pandemie zuerst aufgetreten ist, haben praktisch keine Infektionen mehr.

Erreicht werden soll das durch einen solidarischen Shutdown. Wie sieht Solidarität in Zeiten einer Pandemie aus?

Die bisherige Pandemiebekämpfung schränkt fast ausschließlich die Freizeit ein, während sie die Arbeitszeit weitgehend ausspart. Wenn die drastische Infektionsdynamik gestoppt werden soll, braucht es aber drastische Maßnahmen: Alle Arbeitsbereiche, die nicht dringend notwendig sind, müssen kurzfristig runtergefahren werden. Natürlich können

die meisten Menschen nicht mehrere Wochen ohne Einkommen auskommen. Sie müssen finanziell unterstützt werden. Auch zu Hause bleiben geht nur für Menschen, die ein Zuhause haben. Wohnungslose Menschen müssen also in die leerstehenden Wohnungen einziehen. Dort, wo Menschen eng zusammenleben, kommt es schnell zu großen Ausbrüchen. Folglich müssen Sammelunterkünfte aufgelöst werden. Die gesundheitspolitische und die sozialpolitische Perspektive zusammenzubringen, ist eine logische Notwendigkeit.

ZeroCovid gilt als linke, radikale Antwort auf die Corona-Pandemie. Ist sie das?

Noch vor zwei Jahren hätte ich nicht erwartet, dass die Bekämpfung einer Pandemie, die die gesamte Bevölkerung betrifft, ein spezifisch linkes Anliegen werden könnte. Dass die extreme Rechte kranke oder schwache Menschen sterben lassen will, ist nicht überraschend. Wenn die liberale Mitte jedoch beschließt, zwischen Schutz des Lebens und Schutz der nationalen Wirtschaftsleistung abzuwägen und letzterer dabei den Vorrang einräumt, dann scheint Pandemiebekämpfung zu einer linken Aufgabe zu werden.

Jetzt ist die Idee bei Linken auch umstritten, etwa wenn es um staatliche Macht und Überwachung zur Umsetzung eines Shutdowns geht...

Es ist gut, dass es eine breite linke Diskussion über die Kampagne



gibt. Aber ich glaube, dass ein größerer Teil der Diskussion das Naturverhältnis der Pandemie aus dem Blick verliert und sich vor allem am Staatsverhältnis abarbeitet. Die staatlichen Maßnahmen werden gewohnheitsgemäß kritisch hinterfragt. Die Frage, wie die Ausbreitung des Virus gestoppt werden kann, wird aber oft gar nicht erst gestellt. Dabei geraten die Verbindungen aus dem Blick: Ist ein kurzer und konsequenter Shutdown, der auf null Infektionen zielt, autoritärer als langfristige Maßnahmen, die die Arbeitszeit aussparen, aber die Freizeit einschränken – und gleichzeitig nicht verhindern können, dass so viele Menschen erkranken und sterben? Für die aktuelle Politik ist es gewissermaßen in Ordnung, wenn Leute sterben, es sollen nur nicht zu viele sein.

Die westlichen Regierungen reagieren auf die Pandemie im Modus einer neoliberalen Gouvernamentalität, das heißt durch die Individualisierung von Politik: Pandemiebekämpfung soll Sache der Eigenverantwortung sein. Das kann nicht funktionieren. Schließlich stecken die Menschen nicht nur sich selbst an, sondern – meist ohne es zu wissen – auch andere. Die Pandemie, die unsere radikale Abhängigkeit voneinander zum Ausdruck bringt, lässt sich nicht individuell besiegen, sondern nur gesellschaftlich, solidarisch.

Vergisst ein europäischer Shutdown nicht Menschen auf der Flucht und an den EU-Außengrenzen?

Wenn von Reisebeschränkungen die Rede ist, sind davon in der absoluten Mehrheit reiche Europäer*innen und US-Amerikaner*innen betroffen. Das sind die Menschen, die am häufigsten durch die Welt jetteten. Im Verhältnis dazu sind Menschen, die aus ärmeren Ländern nach Europa oder in die USA reisen, eine Minderheit. Das zeigt sich auch am Infektionsgeschehen: Der Virusstrang aus Wuhan ist fast

verschwunden, die Virusstränge, die jetzt in der ganzen Welt dominieren, haben ihren Ursprung meist in Europa.

Es geht auch nicht darum, Menschen das Reisen zu verbieten, sondern zu verhindern, dass das Virus mitreist. Auch in Länder, die Covid bereits besiegt haben, sind Einreisen ja möglich: aus anderen covidfreien Regionen sowieso und aus Risikogebieten wie Europa mit Quarantäne für zwei bis drei Wochen und Tests. Je triftiger der Grund für eine Reise ist, umso wichtiger ist es, dass sie stattfinden kann. Flucht ist natürlich einer der triftigsten Gründe dafür, eine Grenze zu überschreiten – im Gegensatz zu Abschiebungen, die mindestens für die Dauer der Pandemie ausgesetzt werden müssen. Und was die Lager an den EU-Außengrenzen angeht, in denen Menschen unter miesesten hygienischen Bedingungen zusammengepfercht sind – ihre Auflösung ist auch aus gesundheitspolitischer Perspektive eine Notwendigkeit.

Rund 100.000 Menschen haben die Petition zu #ZeroCovid unterzeichnet, die Initiative ist extrem erfolgreich. Wie geht es weiter? Momentan bilden sich verschiedene Aktions- und Vernetzungsgruppen. Wir stellen Verbindungen her zur britischen Kampagne Zero Covid UK, die stark von Gewerkschaften vorangetrieben wird, und zum internationalen Bündnis Zero Covid Alliance. Leute aus der Pflege und medizinischen Berufen sind bereits ein zentraler Pfeiler unserer Initiative, aber jetzt sprechen wir vermehrt mit Menschen aus weiteren Arbeitsbereichen. Ihre Berichte aus den Betrieben sind oft haarsträubend. Wir stellen Verbindungen her und bieten Unterstützung beim Organisieren an. Gleichzeitig bilden sich immer mehr Ortsgruppen, bei denen Leute leicht mitmachen können.

Aktuell sinken die Coronazahlen etwas. Ändert das was an der

Kampagne?

Wenn das so weitergeht, wäre das natürlich erfreulich. Aber wir haben ja im letzten Jahr gesehen, wie es läuft: In Deutschland hätte die Pandemie direkt im Februar und März 2020 erstickt werden können. Dann wäre es im Frühsommer, als die Zahlen wirklich niedrig waren, möglich gewesen, auf null Infektionen oder eine verfolgbare, sehr niedrige Inzidenz zu kommen und eine zweite Welle zu verhindern. Stattdessen wurden, vorangetrieben von der Wirtschaftslobby, „Lockerungen“ durchgedrückt. Wir können also davon ausgehen, dass die Zahlen jetzt langsam sinken, Maßnahmen dann frühzeitig aufgehoben werden und sich das Spiel wiederholt – allerdings auf schlimmerem Niveau, wenn Virusvarianten sich schneller verbreiten oder gar der Impfung entweichen. Das müssen wir verhindern.

Wie das?

Es ist unmöglich zu warten, bis genügend Menschen geimpft sind, wir müssen die Pandemie vorher beenden. Die Impfung kann dann verhindern, dass sie zurückkehrt. Und zwar auf globalen Niveau. Dann geht es darum, die ökologischen und ökonomischen Ursachen der Seuchen anzugehen, um eine Wiederholung zu unterbinden.

Wie soll das finanziert werden?

Die letzte Krise, die Finanzkrise, wurde auf Kosten der Teile der Gesellschaft bewältigt, die über besonders wenige Ressourcen verfügen. Etwas ganz Ähnliches zeichnet sich auch jetzt wieder ab. Das ist widersinnig. In einer Krise muss jede Gesellschaft auf Rücklagen aus besseren Zeiten zurückgreifen. In kapitalistischen Gesellschaften befinden sich diese Rücklagen zum Großteil in privaten Händen.

Bini Adamczak (Berlin) arbeitet als Philosophin und Künstlerin vor allem zu Fragen gesellschaftlicher Transformation. Ihr findet sie auf Facebook, Twitter und Instagram. Das Interview wurde von **Birthe Berghöfer** geführt und zuerst in *Supernova* und *nd* veröffentlicht.

Impressum – Bestellungen – Redaktion

ZeroCovid – Solidarität in den Zeiten der Pandemie erscheint erstmals am 17. Februar 2021. Sie liegt am 19. Februar 2021 der taz bei. Die Zeitung erscheint unregelmäßig. Der Aufruf für die Kampagne ZeroCovid – zugleich die Plattform dieser Zeitung – findet sich auf der Website: www.zero-covid.org

Bezugspreise Bis 100 Ex. gibt es drei Paketpreise – jeweils einschließlich Porto und Verpackung und einheitlich für BRD, Österreich und Schweiz:

25 Ex. = 10 Euro 50 Ex. = 15 Euro 100 Ex. = 25 Euro.

Danach in 100er Schritten je Ex. = 15 Cent plus Porto & Verpackung. Also z.B. 200 Ex. mal 0,15 = 30 Euro und Porto/Verpackung ca. 12 Euro = 42 Euro (hier: BRD).

Bitte Zahlung nur nach Erhalt der Rechnung.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts Dr. Winfried Wolf

Träger: BFS e.V. – Büro für Frieden & Soziales · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf
ZeroCovid – Solidarität in den Zeiten der Pandemie finanziert sich ausschließlich über Kostenbeiträge und Spenden.

Konto (für Spenden) BFS e.V. · MBS (Mittelbrandenburgische Sparkasse)

IBAN: DE04 1605 0000 3527 0018 66 SWIFT-BIC: WELADED1PMB

Bestellungen bitte möglichst über das online-Formular auf der ZeroCovid-Website (dort Kasten auf der Startseite oder über „Material“ (direkt: <https://zero-covid.org/zeitung/>)). Per E-Mail an: heinberg38@googlemail.com

Bestellungen telefonisch 0 179 - 7 74 55 27 (Heino Berg)

Post an die Redaktion BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf /

Redaktion Violetta Bock, Angela Klein, Verena Kreilinger, Yaak Pabst, Winfried Wolf, Christian Zeller

Beirat Torsten Bewernitz (express Redaktion) · Ulrich Franz (Basisinitiative Solidarität – baso, Wuppertal) · Christian Haasen (Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte – VDÄÄ) · Christina Zacharias (DIE LINKE, Karlsruhe)

Gestaltung Joachim Römer · www.unterblicken.de

Comics foxitalic · <http://foxitalic.de/>

Das Sterben der anderen

Die Losung „Die Alten schützen“ ist wohlfeil und scheinheilig



Kathrin Hartmann

Es ist ein Narrativ, das die Covid-19-Pandemie von Beginn an begleitet: Das Virus sei vor allem für ältere Menschen gefährlich, weshalb man sie besonders schützen müsse. Vorgetragen wird sie von Menschen, die behaupten, der Lockdown richte mehr Schaden an als das Virus selbst. Wenn man Pflegeheime und „Risikogruppen“ besser schützen könnten, „alle anderen“ normal weiterleben. „Die Älteren schützen“ ist mittlerweile zu einer Art Moral-Tool derer geworden, die, entgegen jeder wissenschaftlichen Erkenntnis zu Covid 19 weiterhin rücksichtslos fordern, man müsse endlich „lernen“, mit dem Virus „zu leben“.

Ja, es ist richtig: 89 Prozent der Menschen, die in Deutschland bislang an Covid-19 gestorben sind, waren älter als 69 Jahre alt.

Laut Lagebericht des Robert-Koch-Instituts vom 2. Februar 2021 ereigneten sich 55.851 von den insgesamt 57.982 gemeldeten Todesfällen seit Beginn der Pandemie in der Altersgruppe der über Sechzigjährigen. Rund die Hälfte davon war zwischen 80 und 89 Jahre alt. Allerdings lebten die meisten Menschen dieser Altersgruppe gar nicht im Heim, sondern zuhause. 2018 lebten in Deutschland mehr als 23 Millionen Menschen im Alter von mindestens 60 Jahren.



@georgrestle

Niemand behauptet, dass #ZeroCovid alle Fragen beantworten kann. Ich finde nur, Sie liefern bessere Antworten als der dauerhafte Semi-Shutdown deutscher Regierungen. Der zudem sozial äußerst ungerecht ist.

<https://twitter.com/georgrestle/status/1352335056036110339>

@Natascha_Strobl:

Auf hohen Zahlen surfen verlangt uns Allen zu viel ab. Von Lockdown zu Lockdown und dazwischen sterben die Menschen geht einfach nicht. Deswegen bin ich dabei bei der Forderung nach #ZeroCovid als gesamt-europäisches Modell.

https://twitter.com/Natascha_Strobl/status/134963992223209408

später machte die Bundesregierung dies zur Pflicht – auch für Besucher*innen in Gebieten mit hoher Inzidenz. Durchführen sollten die Tests die Pflegenden. Ein Ding der Unmöglichkeit, es fehlen mindestens 100.000 Pflegekräfte. Mitte Januar bot Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer an, dafür 10.000 Bundeswehrangehörige bereitzustellen. Erst Ende Januar erklärte sie, dass die dabei entstehenden Kosten der Bund übernimmt. In diesen verträdelten vier Monaten stiegen die Corona-Fälle rasant an – und mit den Infektionszahlen wuchsen die Todesfälle. Die beste Teststrategie reicht nicht aus, wenn das Gesundheitssystem derart marode ist.

Pfleger*innen haben ein deutlich höheres Risiko, an Covid 19 zu erkranken. Der von der Politik weiterhin ignorierte Pflegenotstand gerät nun zum

Ausnahmestand. Er sorgt dafür, dass Pflegekräfte sogar trotz Infektion weiter arbeiten. Gesundheitsminister Jens Spahn rief im November allen Ernstes dazu auf, dass positiv getestetes Pflegepersonal notfalls arbeiten sollte. Dabei wird das Virus ja nur von außen in die Pflegeheime getragen.

Was den überwältigenden Anteil der über 60-Jährigen betrifft, die zuhause leben (und, ganz nebenbei, noch arbeiten): Sie sind, soweit sie sich nicht isolieren, dem Virus ausgeliefert. Sie leiden vielfach unter der Pandemie. Weil die Kliniken mit Corona-Patienten ausgelastet sind, kommt auch die Behandlung anderer Krankheiten, die diese Altersgruppe verstärkt betrifft, zu kurz. Operationen und Krebsbehandlungen werden verschoben, die Gefahr für Herz-Kreislauf-Krankheiten und Depressionen wächst. Es geht hier also nicht nur darum, dass ältere Menschen am meisten gefährdet sind, daran zu sterben. Es geht um verlorene Zeit, vielleicht sogar um verlorene letzte Lebensjahre. Ältere, die Betreuten in den Heimen und die Pflegenden, ja uns alle kann nur die Beendigung des Pflegenotstands und der Pandemie schützen.

Kathrin Hartmann ist Journalistin und Buchautorin in München. Zuletzt erschien „Grüner wird’s nicht. Warum wir mit der ökologischen Krise völlig falsch umgehen“ im Blessing Verlag.

Mehr Personal für gute Pflege

Christina Zacharias · Pflegekraft

In der Corona-Pandemie hat es die Pflege in sämtliche große Medien geschafft. Doch wer sich über die Zustände dort wundert, hat nicht aufgepasst. Die Pflege ist schon seit Jahren am Limit. Die Pandemie trifft mit voller Wucht auf ein geschwächtes Gesundheitssystem. Das Virus im System heißt Neoliberalismus und sorgt dafür, dass sogar Gesundheit zur Ware wird.

Dies führt zu den Zuständen, die wir alle kennen und dennoch ignorieren: Patient*innen leiden unter einer schlechteren medizinischen Versorgung, Beschäftigte unter belastenden Arbeitsbedingungen.

Für Pflegekräfte ist das Alltag. Der Fachkräftemangel bestand bereits vor der Pandemie. Corona hat ihn sichtbar gemacht und verschärft. Kolleg*innen in Quarantäne können nicht ersetzt werden. Aufgrund mangelhafter Schutzausrüstung begibt sich das medizinische Personal selbst in Gefahr. Das führt dazu, dass jede zehnte Coronainfektion im Gesundheitssystem auftritt. Patient*innen werden in andere Stationen geschoben, die nicht für sie zuständig sind. Beschäftigte werden hin und her verlegt. Das sorgt für steigende Arbeitsbelastung und schlechtere Versorgung der Kranken.

Der Gesundheitsminister will neue Beatmungsgeräte anschaffen, um Versorgungengaps zu lösen. Mit diesem Vorhaben zeigt er uns seine Ignoranz. Geräte helfen nicht, wenn es kein Personal gibt, um diese zu bedienen. Die Entscheidungsträger*innen ignorieren die Expertisen von Wissenschaftler*innen und Pflegenden, die genau diesen Mangel bemängeln. Nur eine solidarische Bekämpfung der Pandemie verhindert das Zusammenbrechen des Gesundheitssystems: Darum sagen wir #ZeroCovid.

Jede weitere Welle mit halbgeordneten Maßnahmen zu beantworten, wird dafür sorgen, dass Pflegekräfte dem unerträglichen System entfliehen. Die Regierung hält weiter an der falschen Strategie fest, das Infektionsgeschehen etwas einzugrenzen. Auch infizierte Pflegekräfte sollen weiterarbeiten. Damit zeigt die Regierung, dass Menschlichkeit nicht zählt. Pflege stärken heißt, zu verhindern, dass unnötige Arbeit entsteht, dass unnötig Ansteckung stattfindet, dass unnötig Menschen sterben. Es braucht einen solidarischen Shutdown. Zugleich müssen wir aus den Fehlern lernen, um ein besseres „Danach“ durchzusetzen.

Am Arsch vorbei geht auch ein Weg

Frédéric Valin

Die Arbeitsbedingungen in der Pflege sind schlecht. Bereits vor der Pandemie waren sie das. Da fehlten allein in den Kliniken 100.000 Pflegekräfte. In der Altenpflege sieht es noch düsterer aus. Trotz all der Solidaritätsbekundungen hat sich der Trend mit der Pandemie noch einmal verschärft.

Seit den Nuller Jahren setzt sich auch in sozialen Einrichtungen, auch in der Kirche, eine immer stärker auf Wirtschaftlichkeit ausgerichtete Unternehmenspolitik durch. Im sozialen Bereich gibt es fast keine Einsparmöglichkeiten, es bleiben die Personalkosten als Stellschraube. Die Lohnerhöhungen der letzten Jahre waren inflationsbereinigt quasi null. Eine Bertelsmann-Studie kommt zu dem Ergebnis: „In der Chemie- und Autobranche nimmt der Verdienst demnach zwischen 2017 und 2025 [...] zwei bis drei Mal so stark zu wie bei Gesundheit, Sozialem und Handel.“

Aber warum wehren sich die Pflegenden nicht? Die kurze Antwort ist: weil viele nicht dürfen. Ein Teil des Problems ist das Arbeitsrecht der Kirchen. In den 70er Jahren wurde der sogenannte dritte Weg etabliert, nach dem viele kirchliche Einrichtungen in Deutschland immer noch arbeiten. In diesem Modell gibt es keine Tarifverhandlungen unter gleichberechtigten Partner*innen, sondern sog. arbeitsrechtliche Kommissionen, die paritätisch besetzt sind und arbeitsrechtliche Fragen aushandeln. Was nicht gemeinschaftlich ausverhandelt wird, landet vor einem Schiedsgericht. Ein Streikrecht gibt es de facto nicht, historisch sind auch deswegen die Gewerkschaften in den Pflegeberufen kaum vertreten. Es fehlt das schärfste Schwert im Arbeitskampf.

Die Arbeitgeber*innen nutzen das aus. So hat Ver.di kürzlich einen neuen Lohnpakt für die Altenhilfe ausgearbeitet, als Verhandlungsgrundlage mit dem Arbeitgeberverband AGVP. Der will jetzt per Gericht Ver.di für „tarifunfähig“ erklären lassen, da die Gewerkschaft „keine Durchsetzungskraft in der Branche für sich in Anspruch nehmen kann“. Weil Ver.di bisher keinen Tarifschluss erzwingen konnte, sei Ver.di nicht relevant.

Pflegenden muss es ermöglicht werden, für ihre Interessen zu kämpfen. Der dritte Weg muss beendet werden. Das wäre zumindest ein Anfang.



Stimmen aus der Arbeitswelt

»Wir Gewerkschafter:innen müssen den Arbeits- und Gesundheitsschutz selbst in die Hand nehmen und alles daran setzen, die Hygienemaßnahmen konsequent in den Betrieben durchzusetzen. Wir werden dort öffentlichen Druck aufbauen, wo der Gesundheitsschutz nicht eingehalten wird.«

Tobias Salin · Betriebsrat und Vertrauensmann

Aber nur 3,3 Millionen derer, die älter als 65 sind, sind pflegebedürftig. Drei Viertel der Pflegebedürftigen werden zuhause gepflegt. Nur ein eher kleiner Teil der Älteren lebt also in einem Heim. Dennoch sind seit Herbst dort viele Menschen gestorben. Genaue Zahlen gibt es nicht. Laut RKI-Bericht vom 6.2.2021 ereigneten sich 16.272 der (zu diesem Zeitpunkt) insgesamt 61.286 Corona-Todesfälle in einer Einrichtung nach §36 des Infektionsschutzgesetzes. Dazu zählen neben Alten- und Pflegeheimen aber auch Obdachlosen- und Asyl-Unterkünfte sowie Gefängnisse. Eine Studie des Instituts für Public Health und Pflegeforschung (IPP) schätzt den Anteil der Corona-Todesfälle in Heimen auf ein Drittel.

Erst am 15. Oktober legte das Bundesgesundheitsministerium die erweiterte Teststrategie vor. Danach sollten Pflegenden und Bewohner*innen in Heimen nicht mehr wie bislang nur bei Verdacht auf Covid-19 getestet werden, sondern mehrmals pro Woche – auch ohne Symptome. Erst zwei Monate

Vom Musterbeispiel zur Horrorvision Europas

„Öffnung“ ist in Portugal inzwischen ein verbotenes Wort

Matthias Schindler · Lissabon

Der Januar 2021 war der bisher schlimmste Monat der Corona-Pandemie für Portugal. Die Anzahl der Covid-19 Opfer übertraf in diesem Monat mit 5.567 Todesfällen die Summe aller Todesopfer von Anfang Juli bis Ende Dezember 2020 zusammengefasst. Am 27. Januar übertrafen die 681 Covid-19 Patienten auf den Intensivstationen die Anzahl der hierfür maximal zugewiesenen 672 Betten. Einen Tag später erreichte der 7-Tage Inzidenzwert einen Höchstwert von 885 Neuinfektionen pro 100.000 Menschen. Vor den Krankenhäusern mussten Rettungstransportwagen mit neuen an Covid-19 Erkrankten teilweise stundenlang warten.

Bei einer Bevölkerung von 10,2 Millionen Einwohner*innen hatte Portugal im Zusammenhang mit der Pandemie am 31. Januar 2021 insgesamt 720.516 Infektionsfälle zu verzeichnen, 12.482 Menschen sind verstorben. Es wurden 181.623 aktive Fälle gemeldet. Nahezu in jeder Familie gibt es Verwandte oder Bekannte, die sich infizierten, erkrankten oder auch verstarben. Bei vielen Menschen herrschen große Verunsicherung und Angst, teilweise aber auch eine gewisse Gleichgültigkeit. Es gibt sogar immer noch Leute, die die Pandemie leugnen und vor Impfungen warnen. Durch einen relativ harten Lockdown sind die Zahlen seit dem 29. Januar lang-



sam wieder rückläufig.

War Portugal im Laufe des Jahres 2020 über lange Zeit hinweg ein Beispiel für eine erfolgreiche Bekämpfung der Pandemie, wurde es innerhalb von nur vier Wochen zur Horrorvision Europas und zu einem der schlimmsten Fälle der ganzen Welt. Wie konnte es dazu kommen?

Von Anfang Mai bis Anfang September lag die 7-Tage Inzidenz unterhalb von 25. Allerdings ist es niemals gelungen, die Fallzahlen unter 15 zu drücken. Die Infektionswerte blieben konstant, und es gab über die gesamte Zeit hinweg zwi-

schen 12.000 und 15.000 offiziell registrierte aktive Fälle, also potentiell infektiöse Menschen, die Dunkelziffer nicht mit eingerechnet. Nach dem Ende der Sommerferien begannen die Zahlen im September wieder leicht und ab Oktober stark zu steigen. Dennoch blieb Portugal im europäischen Vergleich in einer relativ guten Position, weil die Infektionen in ganz Europa ebenfalls deutlich anstiegen. Die Regierung verordnete einige „leichte“ Maßnahmen, und im November kam es noch einmal zu einer leichten Verbesserung der Lage. Dies führte jedoch zu einem erheblichen öffentlichen

Druck auf die Regierung nach „Öffnung“. Diese beschloss dann Anfang Dezember, die Maßnahmen der Kontaktbeschränkung über Weihnachten zu lockern und Familientreffen zu erlauben, als die 7-Tage Inzidenz sich noch auf einem Niveau von 300 (!) neuen Fällen befand.

So führten unzählige Reisen zu den älteren Verwandten quer durchs Land, viele Besuche ins oder aus dem Ausland, Missachtung von leichten Krankheitssymptomen, weniger Untersuchungen über die Weihnachtstage und große familiäre Weihnachtsfeiern zu vielen Verschleppungen und neuen Infektionen. Dabei hat die britische Variante des Corona-Virus, die im Großraum Lissabon bereits über 60 Prozent der Infektionen betrifft, noch eine zusätzliche beschleunigende Wirkung gezeigt.

Jetzt wurde mit viel Presse

über medizinisches Personal der Bundeswehr berichtet, das Portugal im Kampf gegen die Pandemie unterstützen soll. Es waren aber die EU und an vorderster Front die Bundesregierung, die Portugal nach der Finanzkrise von 2008/2009 eine Roskur verordnet haben, die massive Einsparungen der öffentlichen Ausgaben im Gesundheitswesen und Privatisierungen von Krankenhäusern zur Folge hatten. Danach mussten Tausende von Portugies*innen, gerade auch aus dem Gesundheitswesen, z.B. nach Großbritannien emigrieren, weil sie ihre Arbeit in Portugal verloren hatten. Viele von ihnen haben jetzt über Weihnachten ihre Familie besucht und dabei ungewollt dazu beigetragen, die britische Variante des Virus in Portugal zu verbreiten. „Öffnung“, sagen die Mediziner, ist jetzt „das verbotene Wort“.

Patente aussetzen!

Am 1. März verhandelt die Generalversammlung der Welthandelsorganisation (WTO) erneut über den Vorschlag Indiens und Südafrikas, Staaten zu erlauben, dass sie Patente auf Produkte und Verfahren aussetzen, die zur Bekämpfung der Pandemie nötig sind. Produktionsengpässe und Verteilungsgerechtigkeiten bei Medikamenten, Schutzausrüstung, Impfstoffen oder Beatmungsgeräten verhindern die Pandemiebekämpfung. Dennoch blockieren die EU, USA, Japan, Schweiz, UK und Brasilien bislang den von rund 100 Staaten unterstützten Vorstoß. Im Kampf gegen die Monopolisierung und Verknappung der Gesundheitsproduktion zu Lasten des globalen Südens sind geistige Eigentumsrechte der zentrale Angriffspunkt: Die vorgeschlagene Ausnahmeregelung würde kurzfristig die Verhandlungsposition aller Länder gegenüber den Pharmaunternehmen stärken. Sie könnten dann längerfristig auch patentierte mRNA-Technologien einsetzen. Für den sofortigen Ausbau der Impfstoffproduktion genügt diese Ausnahmeregelung jedoch nicht. Hierfür braucht es staatlich durchgesetzte Kooperation und Technologietransfer über die Grenzen von Unternehmen und nationale Standorte hinweg.

Jonathan Schmidt-Dominé

Irland: Die Stimmung ist für Zero Covid

Paul Murphy

Im Januar hatte Irland die schlimmsten Covid-Infektionsraten auf der ganzen Welt. Mehr als 1000 Menschen starben allein in dem Monat – ein Drittel aller Covid-Todesfälle in Irland –, bei einer Bevölkerung von weniger als fünf Millionen. Der Grund dafür war sehr einfach. Die Regierung hatte im Dezember entgegen dem Rat der öffentlichen Gesundheitsbehörden Kneipen und Restaurants wieder geöffnet. Als die Folgen dieses Fehlers klar wurden, kippte die Stimmung. Die Menschen verstehen, dass die Regierung den kurzfristigen privaten Profit über die öffentliche Gesundheit stellt.

Jetzt gibt es enorme Unterstützung für die Politik von „Zero Covid“, die bisher nur von RISE und People Before Profit auf der sozialistischen Linken und von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im unabhängigen wissenschaftlichen Beratungsgremium Independent Scientific Advisory Group vertreten wurde. Nun fordern die Menschen, dass

dieser Lockdown mit Hilfe der Zero-Covid-Politik der letzte sein soll.

Doch die Regierung verkauft der Öffentlichkeit die falsche Idee, durch Impfung allein könne ein vierter und fünfter Lockdown vermieden werden. Sie nennt Ziele für Impfquoten, die sie nicht erreichen wird.

Die Befürworter von Zero Covid plädieren für folgende Sofortmaßnahmen:

- Verbot nicht notwendiger Ein- und Ausreisen ins Ausland und Einführung einer obligatorischen 14-tägigen Quarantäne für diejenigen, die reisen müssen.
- Es dürfen nicht nur Menschen und deren nächste Kontakte getestet werden, die das fordern, es müssen auch Abwassertests und freiwillige Pool- und Serientests durchgeführt werden, um die Entwicklung von Hotspots zu verhindern.
- Unternehmen, die die Lockdown-Regeln nicht beachten, müssen stillgelegt werden. Gewerkschaften und Gesundheitsbehörden müssen die



angestoßen hat.«

Stimmen aus der Arbeitswelt

»Durch die Schließung vieler Geschäfte haben wir mit einer extrem hohen Zahl an Paketen und Päckchen zu kämpfen, die wir kaum transportieren können. Das Stresslevel ist extrem hoch; wir haben einen sehr hohen Krankenstand. Wir bekommen pro Tag eine OP-Maske gestellt. FFP2 Masken bekommen wir nur auf Anfrage. Ein großes Risiko für uns ist der Kontakt zu den Kund*innen. Ich finde die Initiative #ZeroCovid gut, weil sie endlich mal eine linke Debatte zur Coronapolitik angestoßen hat.«

Briefzsteller Deutschen Post aus Hannover

Befugnis erhalten, Inspektionen durchzuführen, Geldstrafen zu verhängen und Unternehmen zu schließen, die nicht „systemrelevant“ sind. Die Arbeitskräfte sollten Ausschüsse für Gesundheits- und Arbeitsschutz wählen, die das Geschehen am Arbeitsplatz kontrollieren.

Auf dieser Basis kann die Verbreitung des Virus auf Null heruntergefahren werden und wir können sicher zum Normalbetrieb zurück.

Als Sozialistinnen und Sozialisten wollen wir, dass Zero Covid begleitet wird von einem „Impfstoff für alle“: Es muss sichergestellt werden, dass jede und jeder auf der Welt im Jahr 2021 Zugang dazu hat. Es ist nicht nur zutiefst unmoralisch,

dass privates geistiges Eigentum neun von zehn Menschen in armen Ländern daran hindern wird, im Jahr 2021 geimpft zu werden, es ist auch eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit auf der ganzen Welt. Impfstoffe, die mit über fünf Milliarden Euro öffentlich gefördert wurden, dürfen kein Privateigentum sein. Ihre Produktion muss schnellstmöglich in Betriebe in öffentlicher Hand überführt werden. Private Krankenhäuser müssen beschlagnahmt und ins öffentliche Gesundheitswesen überführt werden. Die Gewerkschaft der Krankenschwestern hat dies kürzlich gefordert, nachdem sich einige private Krankenhäuser mitten in der dritten Welle

geweigert hatten, ihre Kapazitäten zur Verfügung zu stellen, weil ihnen die Konditionen nicht profitabel genug waren.

Abhängig Beschäftigte und kleine Unternehmen müssen während des Lockdown unterstützt werden. Wir fordern eine „Covid-Steuer“ für Großunternehmen und Wohlhabende: Diese könnte über 25 Milliarden Euro einbringen. Mit diesem Geld soll sichergestellt werden, dass die Beschäftigten während des Lockdowns keine Einbußen erleiden. Wir fordern für die Zeit der Pandemie eine Anhebung der Arbeitslosenunterstützung auf mindestens 350 Euro pro Woche, volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Elternurlaub sowie ein Verbot von Zwangsraumungen.

Wir sind Teil der Kampagne für Zero Covid, die den Namen #WeCanBeZero trägt. Wir haben im Parlament einen Antrag für eine vollständige Zero-Covid-Strategie gestellt und versuchen, andere Oppositionsparteien unter Druck zu setzen, damit sie ihn ebenfalls unterstützen.

Paul Murphy ist Parlamentsabgeordneter für die Gruppe RISE, eine ökosozialistische Gruppe in Irland.

Vom Widersinn einer Ausgangssperre

Lockdown auf französisch

Bernard Schmid

Kommt er, oder kommt er nicht? Als zu Anfang der letzten Januarwoche eine Ansprache von Staatspräsident Emmanuel Macron angekündigt wurde, erwartete die Mehrzahl der Französischen und Franzosen die Ankündigung eines erneuten Lockdowns. Doch die Ansprache wurde dann auf den 1. Februar vertagt; lediglich der Macron untergeordnete Premierminister Jean Castex sprach an jenem Mittwoch. Seitdem und bis zum Redaktionsschluss befinden sich die Dinge in der Schwebe: Ein neuer Lockdown werde „nicht ausgeschlossen“, man wolle ihn jedoch tunlichst vermeiden, verkündete die Regierung.

Glaubt man den Umfragen, wünscht jedoch eine Hälfte der von demoskopischen Instituten Befragten eine solche Maßnahme. Wohl nicht so sehr aus Liebe zum Lockdown an und für sich. Sondern vorwiegend, weil eine Mehrzahl neue Einschränkungen aufgrund der Pandemiesituation und der Ausbreitung der



britischen, südafrikanischen und anderen Mutanten des Corona-Virus für wohl unausweichlich hält und – so lautet die Mehrheitsmeinung in der Quintessenz – „immer noch lieber einen oder zwei Monate lang harte Einschränkungen als ein ewiges Weiterschleppen halbherziger und unwirksamer Maßnahmen über eine Reihe von Monaten hinweg“ hinnimmt.

Frankreich erlebte bislang einen „harten“ Lockdown im Frühjahr 2020 und einen zweiten, erheblich „weicheren“, der vom 30. Oktober bis zum 15. Dezember 2020 dauerte. Vor und nach dem zweiten Lockdown

galt in der zweiten Oktoberhälfte bzw. gilt bis auf weiteres eine zeitgebundene Ausgangssperre, zunächst ab 20 Uhr, seit Dezember täglich ab 18 Uhr.

Jedenfalls der erste, längere Lockdown in Frankreich – vom 17. März bis zum 10. Mai 2020 – hinterließ keineswegs nur gute Erinnerungen. Ein Verlassen des Hauses war damals nur mit einer Begründung gestattet, die auf einem von dem oder der Betreffenden selbst auszufüllen und bei Kontrollen vorzuzeigenden Ausgangsformular einzutragen und gegebenenfalls nachzuweisen war. Neben der Arbeitsaufnahme in einem als „essentiell“ (entspricht dem deutschen Adjektiv „systemrelevant“) geltenden Sektor fielen darunter das Gassigehen mit dem Hund sowie sportliche Betätigung durch Joggen oder Spaziergehen – letzteres jedoch nur bis zu einer Stunde täglich und im Radius von einem Kilometer rund um die Wohnung. Die Ausgangsbeschränkungen fielen damals in Frankreich also erheblich restriktiver aus als in Deutschland.



Zugleich beinhaltet der erste Lockdown allerdings auch eine reale Schutzfunktion, die auch



Stimmen aus der Arbeitswelt

»Wir, der Abschlussjahrgang des Bayernkollegs Augsburg, haben vom 3. bis 5. Februar den vom Kultusministerium verordneten Wechselunterricht bestreikt. Wir konnten dadurch in Verhandlungen mit der Schulleitung über Verbesserungen des Unterrichts und des Infektionsschutzes treten.« Nils Kröger - GEW

»Wie passt das zusammen? Draußen sollen alle größeren Ansammlungen vermieden werden und hier drinnen sollen plötzlich acht Plätze im Raucherraum für zwanzig Rauchende reichen? In der Pause ist es so schon oft eng in den Gängen im Sozialbereich. Jetzt sind die Pausenzeiten entzerrt, aber vor den Toiletten bilden sich immer noch Schlangen.« Richard Kraus

gegen das herrschende Kapitalinteresse durchgesetzt wurde. Ganz anders als in Deutschland ging damit nämlich ein sehr weitgehendes Herunterfahren der Produktion von Waren und Dienstleistungen einher – mit Ausnahme des Gesundheitssektors und der Nahrungsmittelproduktion. Zehn bis elf Millionen Lohnabhängige erhielten in jenem Zeitraum Kurzarbeitergeld. Von diesem Aspekt blieb

jedoch schon im zweiten Lockdown so gut wie nichts übrig. Die allermeisten Unternehmen durften nun öffnen, und Amazon boomte dermaßen, dass Gewerkschaften dort im Spätherbst 2020 kurzzeitig zum Streik gegen Arbeitsüberlastung aufriefen. Um zu beweisen, dass man etwas gegen Ansteckungsrisiken tat, ließ die Regierung Museen, Theater, Buchhandlungen und Restaurants dichtmachen – letztere sollen nach momentanem Stand frühestens am 6. April wieder öffnen, sofern sie nicht vorher Pleite gegangen sind. Die Schließungen betrafen diesmal jedoch weder den produzierenden industriellen noch den sonstigen Dienstleistungssektor. Ging der Verkehr im Großraum

Paris im Frühjahr 2020 noch um 70 Prozent zurück, so dieses Mal nur um 20 Prozent.

Die Ausgangssperre, die ab Mitte Dezember an die Stelle des zweiten Lockdown trat, droht sogar kontraproduktive Ergebnisse zu zeitigen. Drängen sich doch nun die Menschen zwischen 17 und 18 Uhr noch dichter als sonst in überfüllten Verkehrsmitteln.

Bernard Schmid ist Rechtsanwalt und Journalist und lebt in Paris



@antjeschrupp

Es gibt kein einziges Land auf der Welt, wo das Virus ohne einschneidende Maßnahmen auf einem bestimmten Level unter Kontrolle gehalten wird. Weil das nicht möglich ist. Nur Länder mit Zero COVID Strategie konnten den Lockdown wieder aufheben.

<https://twitter.com/antjeschrupp/status/1357094374056857602>

@RaulZelik

3/ Wenn das Kapital machen [kann], was es will, haben auch die Leute keinen Bock, sich an Regeln zu halten. Wir brauchen eine gemeinsame Anstrengung von ALLEN und Regeln, die auch für Konzerne gelten. #ZeroCovid #NoCovid <https://twitter.com/RaulZelik/status/1355995525452066818>

Zero Covid ist für zwei Milliarden Menschen Realität

Die Beispiele Australien und Neuseeland

Winfried Wolf

0-Ton Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. 2.2021: „Die Anhänger von 'No Covid' und von 'Zero Covid' orientieren sich an Australien und Neuseeland. Anders als ebenfalls erfolgreiche Länder Ostasiens handelt es sich um Demokratien mit westlich geprägter Kultur“. Tatsache ist: Mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung lebt in Ländern, in denen eine Zero-Covid-Politik verfolgt wird – mit Erfolg. Dazu gehören neben China Vietnam, Thailand, Ruanda, Kuba, Island, Südkorea, Japan ... und eben Australien und Neuseeland. Das sind Länder, in denen es bis zum 31.1.2021 weniger als 10 Corona-Tote auf 100.000 Einwohner gab. Zum Vergleich: In Deutschland waren es am 31.1. 72, in Schwe-

den 118, in Frankreich 119 und in Belgien 183. In der Zero-Covid-Ländergruppe konnte man das Leben von Hunderttausenden Menschen retten. Darüber hinaus wurde erreicht, dass in diesen Ländern seit Monaten das Alltagsleben (Arbeit, Schule, Sport, Freizeit) seinen normalen Gang geht. Sharon Lewin, Direktorin des Doherty-Instituts für Immunologie in Melbourne: „Alles in allem fühlt sich das Leben in Melbourne wieder sehr normal an.“

Interessanterweise verfolgte die australische Regierung anfangs die bekannte „flatten the curve“-Politik. Erst als im März die Gefährlichkeit des Virus erkannt wurde und bald darauf die Corona-Todeszahlen sprunghaft anstiegen, schwenkte man um. Nach einem 111-tägigen harten Lockdown wurde „Zero“ erreicht; seit Ende Oktober gibt

es keine Covid-19-Toten mehr. Werden einzelne Infektionen registriert, folgt ein lokaler Lockdown. Was sich auch wirtschaftlich auszahlt; das Bruttoinlandsprodukt sank 2020 nur um 3,7 Prozent. Die Unterschiede zur EU sind natürlich groß – 25,4 Millionen gegenüber 447 Millionen Menschen. Allerdings ist die im Fall Australien zu kontrollierende Landesfläche fast doppelt so groß wie das EU-Gebiet.

Die Ergebnisse in Neuseeland sind noch beeindruckender. Hier gab es bis 31.1.2021 nur 25 Corona-Tote (0,6 Tote auf 100.000 Menschen). Die rot-grüne Regierung unter Ministerpräsidentin Jacinda Ardern verfolgte von vornherein eine ZeroCovid-Politik. Verena Friederike Hasel, eine in Auckland lebende Deutsche, berichtete jüngst, wie skeptisch sie zunächst gewesen sei: „Ein

harter Lockdown ist ungerecht [...] Die Maßnahmen geben auf den einzelnen bezogen nicht unbedingt Sinn. Aber wenn sich alle daran halten, sind sie extrem wirkungsvoll. Hinterher sagt man: Ein Glück, dass wir das durchgezogen haben.“ (Zeit-online; 25.1.2021). In Neuseeland wurde die Arbeitswelt mit einbezogen: „Das Homeoffice wurde nicht angeraten; es wurde verhängt. Abgesehen von Ärztinnen, Apotheken und Supermärkten war es den Menschen schlichtweg untersagt, zur Arbeit zu gehen.“ Die Mutter von drei Kindern hebt hervor: „Die Lehrer waren in digitalem Unterricht geschult, meine Kinder hatten regelmäßige Videokonferenzen und das Fernsehen sendete sechs Stunden am Tag (!) Schulunterricht.“ Die Ergebnisse sind beeindruckend: Neuseelands Wirtschaft steht seit Herbst 2020 wieder gut da. Bei der Parlamentswahl fuhr

die Partei von Frau Ardern eine grandiosen Wahlsieg ein; um 13 Prozentpunkte legte Labour zu, sodass es nun eine sozialdemokratische Alleinregierung gibt. Die große konservative Oppositionspartei, die für „Lockerungen“ plädiert hatte, wurde mit minus 19 Prozentpunkten abgestraft. Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung bilanziert: „Die Tatsache, dass es Neuseeland inzwischen gelungen ist, das Virus (fast) zu eliminieren, hat die Popularität der Regierungschefin gesteigert. Die Wähler konnten sich offensichtlich mit Jacinda Ardern identifizieren.“ Zu beachten sind: Solange andere Regionen die Pandemie nicht stoppen, schotteten sich Australien, Neuseeland (und andere ZeroCovid-Staaten) vom Ausland ab. Alle Einreisenden müssen sich einer zweiwöchigen (überwachten) Quarantäne unterziehen.

„Schutz der Risikogruppen“ bedeutet Isolation

Rebecca Maskos

Das Gesundheitssystem entlasten, die „Risikogruppen“ schützen: Das sind die erklärten Ziele von Lockdown und Schutzmaßnahmen. So hören wir es seit Beginn der Corona-Pandemie von offiziellen Stellen. Die Strategie „flatten the curve“ hat diese Ziele jedoch nicht erreicht. Spätestens seit der zweiten Welle sterben zu Tausenden Menschen in Pflegeheimen. Die Intensivstationen sind voll. Triage, das heißt das Sterbenlassen von Patient*innen, bei denen eine Therapie nicht aussichtsreich scheint, wird bereits praktiziert: Viele Pflegeheimbewohner*innen mit schwerem Covid19-Verlauf werden oft gar nicht mehr an die Krankenhäuser überwiesen.

Doch wer sind die vielbeschworenen „Alten und Schwachen“? Besteht „die Risikogruppe“ nur aus Pflegeheimbewohner*innen? Wer den „Schutz der Risikogruppen“ als zentrale Strategie fordert, scheint diese



ausschließlich im Heim und unter den Hochaltrigen zu verorten. Tatsächlich findet sich in den Statistiken zu schweren Verläufen ein eindeutiger Überhang von Menschen jenseits der 80. Die Spannweite der Beeinträchtigungen unabhängig vom Alter ist insgesamt jedoch breit und altersunabhängig: Da ist die Rede von Asthma, COPD, Herzerkrankungen, Bluthochdruck, Übergewicht, Diabetes, um nur wenige Beispiele zu nennen. Die „vulnerablen Gruppen“ machen bis zu vierzig Prozent der Bevölkerung aus. Die Vorstellung, man könne so viele Menschen abschotten und das Virus durch den Rest der

außerdem berufstätig, haben Kinder, Partner*innen und Freund*innen. Die Strategie ist individualisierend und zynisch: Sie verschiebt die Zuständigkeit für den Schutz allein auf die Betroffenen und nimmt den Rest der Gesellschaft aus der Verantwortung. Darüber hinaus produziert COVID Behinderung und chronische Krankheit: Zehn bis zwanzig Prozent der Betroffenen haben Monate nach ihrer Genesung noch mit Spätfolgen zu kämpfen.

Der Schutz der „Risikogruppen“ versagt außerdem, weil ein Großteil von ihnen schlicht vergessen wird. Wer seine Pflege

Bevölkerung durchlaufen lassen, ist fatal. Niemand kann sich über die Dauer von mehreren Monaten von der Gesellschaft isolieren. Gerade Menschen, die Assistenz brauchen, haben täglich Nahkontakt mit anderen Menschen. Die „vulnerablen Gruppen“ sind

privat organisiert, lebt seit Monaten in der Angst, Pflegekräfte könnten das Virus unbemerkt nach Hause tragen. Dennoch bekommen ambulant gepflegte behinderte Menschen bisher weder Masken und Schutzausrüstung noch Schnelltests für ihre Assistenz-Teams. In den Priorisierungsstufen der deutschen Coro-

schen bei der Triage an erster Stelle. Bereits im Frühjahr gab die Intensivmedizin-Vereinigung DIVI Handlungsempfehlungen heraus für den Fall knapper Ressourcen. Sie basieren unter anderem auf ableistischen Kriterien von Lebensqualität und Behinderung. Rollstühle und Rollatoren, mangelnde Beweglichkeit und Pflegebedarf gelten danach pauschal als Indikatoren dafür, dass eine intensivmedizin-



Stimmen aus der Arbeitswelt

Taxifahrer aus Hessen

»Viele Kolleginnen und Kollegen habe sehr schlechte Laune und machen sich Sorgen über ihre finanzielle Lage. Von der Regierung wird über Corona-Schutz geredet, aber es sind leere Worte. Ich habe im November einen Antrag auf Kurzarbeitergeld gestellt und bis jetzt noch keine Antwort bekommen. Ich möchte keine leeren Worte mehr hören, sondern Veränderungen im Sinne der arbeitenden und arbeitslosen Menschen. Wieso wird uns nicht zugehört?«



Mario Sixtus @sixtus

Schluss mit politischer Rumeierei, Schluss mit Ausnahmen, Verharmlosungen, Wissenschaftsleugnungen und vor allem: Schluss mit Todesopfern für die Wirtschaft! Für einen solidarischen Shutdown! #ZeroCovid \h <https://zero-covid.org>
<https://twitter.com/sixtus/status/1349631247396560897>

na-Impfverordnung tauchte ein Großteil der Risikogruppe unter sechzig trotzdem zunächst nicht auf. Das betraf auch Menschen, für die bereits eine Erkältung lebensgefährlich werden kann. Gesundheitsminister Jens Spahn hat erst nach massiven Protesten Nachbesserungen in Aussicht gestellt. Vor der Impfung muss jedoch nun erstmal ein Termin ergattert werden – ein bislang hoch bürokratischer Prozess.

Obwohl sie beim Schutz größtenteils vergessen werden, stehen behinderte und alte Men-

sche Behandlung nicht erfolgreich sein wird. Davon betroffen sind auch behinderte Menschen, die vor und nach einer COVID-Erkrankung auch mit Hilfsmitteln, Assistenz und Pflege ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können. Behinderte, alte und chronisch kranke Menschen sind hier besonders gefährdet, nicht nur allein durch einen schweren COVID-Verlauf, sondern auch durch diskriminierende Annahmen über ein Leben mit Beeinträchtigungen, ihr Leben zu verlieren.

ZeroCovid als geschlechterpolitische Intervention

Jeja Klein

Fast ein Jahr hat es gebraucht, bis die Linke eine politische Antwort auf das Krisenmanagement des kapitalistischen Seuchenstaats gefunden hat. Der organisierte Feminismus hingegen steckt noch immer in der Pandemie-Paralyse. Die Bewegung, die sich unter dem Schlagwort ZeroCovid formiert, könnte und sollte jedoch eine geschlechterpolitische Antwort auf eine Politik sein, die Zugeständnisse an das Patriarchat organisiert, um in einer Pandemie den kapitalistischen Status Quo zu retten.

Viele Brände der gegenwärtigen Krise befinden sich im politischen Feld des Feminismus: etwa, dass die unmenschlichen Herausforderungen in der Pflege vorwiegend weibliches Personal betreffen. Die Entgrenzung der Arbeit der Pflegekräfte in der Krise stellt eine massive Enteignung dieser Menschen dar. Sie bezahlen buchstäblich mit ihrer Lebenskraft für die Aufrechterhaltung eines durchkapitalisierten Gesundheitssystems.

Die Auswirkungen der Pandemie auf die Gewaltbetroffenheit von Frauen ist unterbelichtet. Im Juni wiesen die TU München und das RKI in einer Studie darauf hin, dass bereits in den ersten

Monaten der Kontaktbeschränkung 3,6 Prozent der Frauen eine Vergewaltigung durch ihren Partner erlebt hatten – mehr als 1,5 Millionen. Auch in der Berufswelt trifft die Krise vor allem Frauen. Im Frühjahr durften wir durch Daten von wissenschaftlichen Veröffentlichungen erfahren, wo die Reise hingehen würde: So sank die Zahl der durch Frauen eingereichten Studien, während Männer die Chance nutzten, ihren wissenschaftlichen Output noch zu steigern.

Der geschlechterpolitische Rollback betrifft auch weitere marginalisierte Geschlechter. Vor allem queere Jugendliche und junge Erwachsene leben seit einem Jahr häufig mit Menschen zusammen, die ihre Identitäten und ihre sexuelle Orientierung nicht anerkennen oder sie ihnen austreiben wollen.

Wieso sollten Frauen ihre Interessen in einer Initiative wie ZeroCovid vertreten sehen, die ja immerhin für einen noch strengeren Lockdown steht? Würde das die erwähnten Effekte nicht kurzfristig weiter verschärfen? Sicher wäre das so. Aber mittel- und langfristig ist es die bisherige Strategie, bei jedem noch so unerheblichem Absinken von Infektionszahlen auf katastrophal hohem Niveau die nächste Locke-

rungsdiskussion anzuschieben, die Frauen ihrer misslichen Lage aussetzt. Der sich so lang hinziehende halbe Lockdown ist der Grund, warum Frauen inzwischen schon so lange in ihr gefährliches Zuhause verbannt sind. Hinzu kommt: In der ZeroCovid-Initiative, die sich gerade zu einer sozialen Bewegung des Krisenprotests entwickelt, ist endlich Raum für sozialpolitische Forderungen geschaffen worden, mit denen die Menschen überhaupt erst in der Lage wären, einen richtigen Lockdown durchzuhalten.

Will man das Virus bekämpfen, braucht es erhöhte Hartz-IV-Sätze und Lohnfortzahlungen, endlich eine Ausfinanzierung der Frauenhäuser, Lohnerhöhungen für Care-Berufe. Es braucht einen gesellschaftlichen Lösungsansatz, keinen rein medizinischen. Die mit einem Wirtschaftsshutdown drohenden psychosozialen Folgen müssen aufgefangen werden. Die nachbarinnenschaftliche Unterstützung, die wir in der ersten Welle gesehen haben, war ein gutes Beispiel dafür.

Jeja Klein macht freien Journalismus und hat eine Kolumne im neuen deutschland. „Pro-nomen: Es/Sie“. Der hier wiedergegebene Text erschien in voller Länge zuerst in der Zeitschrift analyse & kritik.

Psychosoziale Belastungen durch Lockdown – ein Argument gegen ZeroCovid?

Arbeitsgruppe »Care-Arbeit, Feminismus, psychosoziale Folgen«

Die Corona-Politik verlangt uns allen viel ab. Immer wieder neue, teilweise zweifelhafte Lockdown-Maßnahmen führen zu erheblichen psychosozialen Belastungen. Care-Tätigkeiten werden verstärkt ins Private verschoben. Dadurch kommt es zu psychischen Verwerfungen, wovon Frauen* aufgrund der bestehenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung besonders betroffen sind.

In den sogenannten systemrelevanten Sektoren herrscht Verzweiflung wegen totaler Überlastung; im sogenannten nicht systemrelevanten Sektor stehen zahlreiche Selbstständige, Kunst- und Kulturschaffende vor dem Aus.

Die Lockdown-Maßnahmen mögen formell für alle dieselben sein. Sie vollziehen sich aber auf der Grundlage ungleicher sozialer Verhältnisse: Klasse, Geschlecht, gesundheitlicher Zustand, Aufenthaltsstatus u.v.m. In dieser Situation einen stärkeren Shutdown zu fordern, wirkt zunächst wie eine erneute Verschärfung der Ungleichheiten. Wir setzen uns jedoch für einen solidarischen Shutdown als ein gemeinschaftliches Projekt ein: nicht als technokratische Direktive „von oben“, sondern als nachvollziehbarer, gesundheitspolitischer Vorschlag „von unten“ zur demokratischen Diskussion. Wir wollen die Infektionen durch einen Shutdown massiv reduzieren.

Was bedeutet unsere Forderung konkret?

- Ein zeitlich begrenzter Shutdown aller nicht lebensnotwendigen Wirtschaftszweige würde zu einer erheblichen Minimierung der Kontakt- und Infektionsmöglichkeiten führen. Für die betroffenen Beschäftigten müssen Entschädigungen gezahlt und Arbeitsplatzgarantien gegeben werden.
- Diejenigen, die weiter in lebensnotwendigen Bereichen arbeiten, müssen angemessen bezahlt und am Arbeitsplatz konsequent geschützt werden. Dies betrifft insbesondere die Intensivpflege und Pflegeheime, aber auch jede andere Form gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Hier muss gemeinsam mit den betroffenen Arbeiter*innen über passende Maßnahmen zum Gesundheitsschutz entschieden werden.
- Ein solidarischer Shutdown meint, in der Verantwortung für die psychosozialen Folgen zu handeln. Das bedeutet konkret: Solidarität durch direkte finanzielle Hilfen (z.B. Grundeinkommen), durch soziale Rechte (Stopp von Abschiebungen), durch praktische Unterstützung, wie gut erreichbare Hilfsangebote für Opfer häuslicher Gewalt; dezentrale Unterbringung von Wohnungslosen und Bewohner*innen von Sammelunterkünften z.B. in Hotels; kostenlose psychologische Beratungsangebote; Einrichtungen der sozialen Vorsorge; Anschaffung von Geräten, Bereitstellung von Räumen – bis zur Wiederverstaatlichung und dem Ausbau des Gesundheits- und Pflegesektors.

Wann, wenn nicht jetzt?

Infektionsschutz am Arbeitsplatz!



Wolfgang Alles

Am 27. Januar 2020 ist bei der Firma Webasto die erste COVID-19-Infektion in Deutschland festgestellt worden. Das war ein Weckruf. Doch er verhallte ungehört. Nicht zuletzt deswegen ist die offizielle „Corona-Politik“ gescheitert. Selbst die Kanzlerin soll am 24. Januar 2021 laut Presse gesagt haben: „Uns ist das Ding entglitten.“

Gesundheitsschutz als „Profitbremse“?

Eine wesentliche Ursache für das „Entgleiten“ ist in der Arbeitswelt zu finden. Denn Firmenleitungen verstehen sie zunehmend als rechtsfreien Raum. Betriebsräte, Gesundheitsschutz und Gewerkschaften gelten dort immer mehr als „Profitbremsen“. Im Frühjahr 2020 rissen pandemiebedingt die globalen Lieferketten großer Industriebetriebe ab. Dadurch ruhten in vielen Fabriken die Fertigungen, was das Infektionsgeschehen wirksam einschränkte.

Statt jetzt endlich das Unterlaufen des seit 1996 geltenden Arbeitsschutzgesetzes (ArbSchG) aufzugeben, kündigten Kapital-

verbände 2020 einen verschärften Klassenkampf von oben an. Gesamtmetall etwa forderte sogar eine weitere Ausweitung des gesetzlichen Gesundheitsschutzes im Betrieb.

Beliebigkeit beim Gesundheitsschutz?

Das ArbSchG verpflichtet Unternehmen zwingend zu einem präventiven Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Demzufolge sind – von wenigen Ausnahmen abgesehen – überall ganzheitliche Gefährdungsbeurteilungen (GFB) durchzuführen. Diese GFB müssen vor allem Gefahrenquellen aufzeigen, Gefährdungen beseitigen bzw. minimieren und so Belastungen und Erkrankungen vorbeugen. Alle Beschäftigten sind über den Gesundheitsschutz umfassend zu unterweisen. Festgestellte physische und psychische Gefährdungen sind fortlaufend zu dokumentieren.

Diese Gebote gelten sowohl für betriebliche Arbeitsplätze als auch für das „Homeoffice“. Jedoch werden sie nur in den seltensten Fällen umgesetzt. Es ist bezeichnend, dass diese folgenschwere Missachtung in der

Öffentlichkeit kaum diskutiert wird. Nur dort, wo das ArbSchG – meist aufgrund aktiver Betriebsräte – ernst genommen wird, kann ein wirksamer Infektionsschutz sichergestellt werden. Denn dann werden durch konkrete betriebliche Festlegungen nicht nur die AHA-L-Regeln eingehalten, sondern es wird das elementare <TOP-Prinzip> des Gesundheitsschutzes verwirklicht. Das bedeutet, dass in dieser Rangfolge Maßnahmen umzusetzen sind: technische (z. B. Trennwände), organisatorische (z. B. versetzte Arbeitszeiten) und persönliche Schutzmaßnahmen (z. B. FFP2-Masken). Darauf weist auch die aktuelle SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung von Januar 2021 hin.

Das anhaltende Versagen von Politik, Behörden und Unternehmensleitungen ist offensichtlich. Betriebsräte sind umso mehr gefordert, ihrer aus dem Betriebsverfassungsgesetz resultierenden Verantwortung für Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz gerecht zu werden. Gewerkschaften müssen sie dabei konsequent unterstützen.



@RaulZelik

Bei #AnneWill redet niemand über den Elefanten im Raum: dass Großteil der Gesellschaft seit Monaten im harten #Lockdown ist, während Konzerne machen, was sie wollen. Vermögen der 6 reichsten Deutschen ist seit letztem Jahr um ca 30% gewachsen.

<https://twitter.com/RaulZelik/status/1353457185888460801>

Antje Schrupp @antjeschrupp

Es gibt ja immer das Argument, #zerocovid würde nur in bestimmten Ländern funktionieren, aber nicht hier. Was ist mit dem Argument, dass „Virus kontrolliert zirkulieren lassen“ noch in überhaupt keinem Land der Welt funktioniert hat?

<https://twitter.com/antjeschrupp/status/1354352159836557312>

Einen bundesweiten Aktionstag brauchen wir!

Bildungseinrichtungen stehen bei der Corona-Pandemie im Fokus. Maßnahmen in diesem Bereich wurden soweit wie möglich nach hinten geschoben. Sie stehen jetzt erneut oben auf der Tagesordnung, wenn es um Lockerungen geht. Die Politik begründet dies gerne mit der Bildungsgerechtigkeit. Da sie aber in den letzten Jahrzehnten kein Problem damit hatte, Bildungseinrichtungen kaputt zu sparen, ist das ein Scheinargument. Die Bildungseinrichtungen sollen aus einem simplen Grund offenbleiben: die Kinder müssen „versorgt sein“, damit die Eltern weiterhin zur Arbeit gehen können.

Deshalb haben wir als Basismitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die Initiative für einen bundesweiten Aktionstag gestartet. Wir wollen die guten Forderungen unserer Gewerkschaft aufgreifen und die Initiative innerhalb der GEW auf die Tagesordnung setzen. Was wir jetzt brauchen, ist eine aktive Gewerkschaft gepaart mit Selbstorganisation an der Basis zusammen mit Eltern und der Schülerschaft, um die Forderungen für unsere Sicherheit laut auf die Straße zu tragen.

Du bist im Bildungsbereich tätig und findest die Idee gut? Dann tritt mit uns in Kontakt: cwbuck36@gmail.com. Christian Buck, GEW-Basismitglied in Baden-Württemberg



Stimmen aus der Arbeitswelt

»Wir können nicht regelhaft alle Betriebe der Stadt kontrollieren«, sagt der Direktor des Landesamts für Arbeits- und Gesundheitsschutz Berlin. Dort wurde gerade erst eine Corona-Taskforce gebildet, die 80 Kontrollen in der Woche durchführen kann. Bei rund 100.000 Betrieben in Berlin würde jeder Betrieb alle 25 Jahre einmal drankommen.«

Report Mainz

Was tun?

Es bedarf eines gesellschaftlichen Aktionsplans für die Arbeitswelt. Seine wesentlichen Punkte sollten sein:

1. Die systematische (mutter-sprachliche) Aufklärung über die Gefahren der Pandemie, über wirksame Methoden des Infektionsschutzes am Arbeitsplatz sowie über die Rechte und Pflichten von Beschäftigten.
2. Die schnelle Entwicklung und kontinuierliche Umsetzung eines standardisierten, betrieblich zu konkretisierenden Infektionsschutzplans – beginnend in den Brennpunkten der Pandemie (Altenheime, Flüchtlingsunterkünfte, Handels- und

Industriebetriebe, Kitas, Krankenhäuser, Schulen).

3. Die betriebliche und überbetriebliche Überprüfung des Infektionsschutzes nach dem TOP-Prinzip an allen Arbeitsplätzen.
4. Die gesetzliche Pflicht, überall Betriebsräte und von den Beschäftigten kontrollierte Kommissionen für Infektionsschutz zu bilden.
5. Die wirksame politische und strafrechtsratshandlung und Gewerkschaftsbekämpfung.

Der Autor ist aktiver IG Metalller und ehem. Betriebsrat bei Alstom Power.

Keine Schulöffnung ohne Sicherheit

Christoph Wälz

Geschlossene Schulen sind für Eltern und Kinder äußerst belastend. Gerade wenn Eltern Homeoffice und Homeschooling unter einen Hut bringen müssen, entsteht ein brutaler Druck. Die Arbeitspflicht dieser Eltern muss jetzt ruhen, damit sie sich ganz um ihre Kinder kümmern können. Ihr Entgelt muss vollständig fortgezahlt werden, um die Familien nicht in Existenzangst zu bringen. Entscheidend dürfen jetzt nicht Prüfungen und Schulabschlüsse

sein. Stattdessen muss alles für die psychosoziale Gesundheit der Kinder getan werden. Wir brauchen zusätzliche sozialpädagogische Angebote und Familienhilfen. Auch müssen technische Voraussetzungen für stabile pädagogische Bindungen gesichert werden. Alle Schüler*innen brauchen dafür eine kostenlose IT-Ausstattung.

Als Bildungsgewerkschaft GEW fordern wir sichere Rahmenbedingungen an den Schulen. Nur so können wir bald wieder in Präsenz unterrichten. Dazu gehören Luftfilter, kleinere

Klassen, zügige Impfungen und regelmäßige flächendeckende Tests, auch ohne Symptome. Die Landesregierungen haben versagt, ausreichend Sicherheit an den Schulen zu schaffen. Sie haben zugelassen, dass das Virus über die Schulen in die Familien verteilt wird. Das Vertrauen von Pädagog*innen, Schüler*innen und Eltern liegt am Boden.

Deshalb beginnen Betroffene sich zu wehren. Als die Schulen in Berlin bereits am 11. Januar wieder teilweise geöffnet werden sollten, unterschrieben in nur zwei Tagen über 31.000

Menschen die Petition „Kein Präsenzunterricht in Berlin, solange Covid-19 nicht unter Kontrolle ist“. An vielen Schulen schrieben die Beschäftigten Brandbriefe. Sie forderten ihre Gewerkschaft auf, einen Streik zu organisieren. Schulleiter*innen kündigten teilweise öffentlich an, sich der Weisung zu widersetzen. Der Druck wurde so groß, dass der Berliner Senat seine Entscheidung nach zwei Tagen zurücknahm!

Jetzt gehen Schüler*innen in Bayern auf die Barrikaden, weil die Abschlussklassen im Wechselunterricht zurück in die Schulen

geholt werden. In Nürnberg und Augsburg bestreiken ganze Jahrgänge den Präsenzunterricht und lernen weiterhin von zu Hause aus.

Das sind wichtige erste Schritte, um die Corona-Politik von unten unter Kontrolle zu kriegen. Es bewegt sich nur etwas in unserem Sinne, wenn wir als Betroffene selber zu Tausenden aktiv werden! In der GEW diskutieren wir jetzt über die Möglichkeit, einen bundesweiten Aktionstag für den Gesundheitsschutz durchzuführen.

Christoph Wälz ist Vorsitzender des GEW-Betriebsrats Berlin-Pankow



Harter Lockdown? Große Pause der Wirtschaft!

Die Pandemie solidarisch bekämpfen

Das SARS-Cov-2 Virus ist gefährlich, das ist breiter wissenschaftlicher Konsens. Und das Virus mutiert. Einige Varianten stecken die Menschen noch viel schneller an oder reduzieren die Wirksamkeit der Impfstoffe. Wer sagt, wir müssen „mit dem Virus leben“, muss auch eingestehen, dass das weitere unzählige Opfer mit sich bringen wird.

Die Impfkampagnen werden erst nach vielen Monaten eine breite Wirkung zeigen. Deshalb müssen die Staaten international koordinierte, wirksame Maßnahmen treffen, um die Infektionen auf ein Niveau zu drücken, das jede einzelne Ansteckung nachvollziehbar ist. Diese Maßnahmen müssen solange andauern, bis nur noch 10 Ansteckungen in einer Woche pro 100.000 Menschen stattfinden.

Hierfür muss die ganze Gesellschaft solidarisch einbezogen werden, also auch die Unternehmen. Wir stecken uns da an, wo wir mit anderen Menschen zusammenkommen, also auch am Arbeitsplatz. Darum wollen wir die Gewerkschaften überzeugen, dass sie sich für eine solidarische Schließung der nicht unmittelbar wichtigen Wirtschaftszweige einsetzen. Anschließend ist mit regional angepassten, und national und international koordinierten Maßnahmen dafür zu sorgen, dass das Virus verschwindet.

Christian Zeller

Stephan Weigand

Der ZeroCovid-Kampagne wird häufig vorgeworfen, einen möglichst rigorosen oder sogar „totalen“ Lockdown zu fordern. Jedoch: ZeroCovid will nicht weitere „Härte demonstrieren“ gegenüber dem Privatleben, das sowieso schon im letzten Jahr hart eingeschränkt wurde. Im Aufruf sagen wir: Die Maßnahmen können nicht erfolgreich sein, wenn sie nur auf die Freizeit konzentriert sind, aber die Arbeitszeit ausnehmen. Alle Betriebe, die nicht unmittelbar für die Daseinsfürsorge notwendig sind, müssen für eine kurze Zeit stillstehen. Die Arbeits- und Schulpflicht muss ausgesetzt werden. Wir wollen dem Virus mit einer radikalen und realistischen Strategie entgegenreten und die psychosozialen und ökonomischen Belastungen der Pandemie solidarisch lindern.

Die Pandemie bedeutet eine Gefahr für viele und für alle große psychische und soziale Belastungen. Es ist falsch, jetzt Waffen, Autos und Flugzeuge zu produzieren, Hochhäuser zu bauen, CallCenter und Groß-

raum-Büros zu bespielen, oder um Klausuren zu schreiben, nur um zwanghaft Lehrplänen gerecht zu werden. Als Menschen können wir bewusst handeln und scheinbare Sachzwänge überwinden. Viel Zeit, die momentan in die Produktion irrelevanter Güter oder die Erfüllung scheinbarer „Pflicht“-Aufgaben fließt, kann im Sinne einer Atempause zur Entspannung genutzt werden. Sie muss aber auch genutzt werden, um Care-Arbeit solidarischer zu verteilen: Menschen, die von unnötiger Arbeit freigesetzt wären, könnten etwa für ihre Nachbar*innen oder Freund*innen mit Kinder- und Pflegeverantwortung Reproduktionsaufgaben übernehmen.



@RubenNeugebauer

Wir brauchen einen solidarischen Shutdown für #ZeroCovid, weil die Interessen der Menschen wichtiger sind als die von Konzernen. #Corona #ZeroCovid

<https://twitter.com/RubenNeugebauer/status/1349718927186808832>

Margarete Stokowski @marga_owski

Zero Covid zu unterstützen ist „autoritär“ aber tausend Leute pro Tag sterben zu lassen damit Leute weiter in ihre keimigen Großraumbüros fahren können na das ist natürlich gelebte Demokratie

https://twitter.com/marga_owski/status/1353050707625033731

Zudem bräuchte es eine effektive und großzügige Unterstützung für besonders belastete Gruppen, seien es Alleinerziehende, Wohnungslose, Geflüchtete, Junkies oder Menschen mit Psychiatrie-Erfahrung. Hier müsste unbürokratische und schnelle Hilfe organisiert werden, ohne Antragswirrwarr, der sie immer wieder aufs Neue in eine Bittstellerposition bringt.

Die Pandemie-Bekämpfung ist so gesehen weder die Angelegenheit Einzelner noch die eines hart durchgreifenden Verordnungs-Staates. Sie kann nur solidarisch erfolgen, wenn ihre Belastungen durch öffentliche Einrichtungen aufgefangen werden.

Eine Bewegung für ZeroCovid aufbauen

Mit der Forderung nach einem solidarischen Shutdown geht ZeroCovid weit über eine rein epidemiologische Begründung hinaus und formuliert eine gesellschaftliche Alternative zu dem gegenwärtigen, belastenden, wirkungsschwachen und vor allem endlosen Privat-Lockdown. Wenn wir es gemeinsam wollen, können wir Covid-19 auf Null bringen.

Nun stehen wir vor dem Problem, wie wir unser Interesse nach einem effektiven Gesundheitsschutz für alle gegen die mächtigen Interessen der Kapitalverbände durchsetzen können. Das wird rein online, ohne Mobilisierung und Konflikt, nicht funktionieren. Am 5. Februar machten wir mit **ZeroCovidDay** einen Anfang, aber es muss noch viel mehr passieren. Wir wollen mit diesem Tag alle Ansätze von solidarischer Opposition und Widerständigkeit, die sich zeigen, aufnehmen und verstärken.

Auch eine große Mobilisierung zu massenhaften Demonstrationen wäre möglich. Solche Aktionen können infektionssicher umgesetzt werden, das haben Seebücke, Ende Gelände und viele andere Aktionen im vergangenen Jahr bewiesen. Wir verbieten uns nicht selbst die Straße, die stärkste Waffe der Machtlosen, während eine verantwortungslose Politik uns in eine dritte Welle treibt.

Christoph Kleine, Hamburg

Mitmachen für ZeroCovid

100.000 Menschen haben den Aufruf #ZeroCovid: Für einen solidarischen europäischen Shutdown in nur einem Monat unterschrieben. Wir laden alle ein, die für eine nachhaltige und solidarische Pandemiebekämpfung eintreten, den Aufruf zu unterzeichnen. Wir setzen mit diesem Aufruf ein politisches Signal zum Handeln. Wir richten uns an die Zivilgesellschaft und an die Gewerkschaften. Wir wollen die Regierungen unter Druck setzen, weil für uns die sozialen und gesundheitlichen Inter-

sen der Mehrheit der Menschen zählen.

Aus der Initiative für den Aufruf hat sich eine lebhafteste und aktivistische Kampagne entwickelt. Hunderte von Menschen in Deutschland, Österreich und der Schweiz beteiligen sich an den Aktivitäten. Uns ist es wichtig, auch unter den Bedingungen der Pandemie, politische Aktivitäten zu ermöglichen – wir haben viele themenbezogene Arbeitsgruppen gegründet. Es treffen sich in digitalen Räumen bereits lokale ZeroCovid-Gruppen.

Was du tun kannst?

- Unterschreibe den Aufruf <https://zero-covid.org/> und leite ihn an Freund*innen und Bekannte weiter
- Diskutiere den Aufruf mit Kolleginnen und Kollegen, Nachbar*innen und Freund*innen.
- Verbreite unsere Hashtags #ZeroCovid und #CovidAtWork in den sozialen Medien!
- Bestelle die Zeitung und verteile sie an Kolleginnen und Kollegen, Nachbar*innen und Freund*innen.
- Schließe dich einer lokalen Gruppe an

oder gründe selber eine.

Alle, die sich für eine solidarische Pandemiebekämpfung und ZeroCovid einsetzen wollen, sind herzlich eingeladen.

Mail: zerocovid@gmx.net

Zeitung bestellen: <https://zero-covid.org/zeitung/>

Facebook: <https://www.facebook.com/ZeroCovidGerman>

Twitter: https://twitter.com/zeroCovid_DACH

Instagram: https://www.instagram.com/zerocovid_de/